

Antrag D-6**Jusos Bezirk Hannover****Der Bezirksparteitag möge beschließen:****Wir wollen keine Floskeln! Wir wollen einen Kampf dem Antisemitismus!**

1 Antisemitismus ist nicht erst seit dem Anschlag in
 2 Halle ein Bestandteil unserer Gesellschaft. Es reicht
 3 nicht, nur im Zuge solcher Gräueltaten über das Vor-
 4 gehen gegen Antisemitismus zu sprechen. Wir müs-
 5 sen endlich handeln und uns diesem großen Pro-
 6 blem stellen.

7 Deshalb fordern wir:

- 8 • Um Antisemitismus, auch wirksam, bekämp-
 9 fen zu können, muss die Wurzel dieses Ge-
 10 dankenguts erfasst werden. Deshalb muss es
 11 ein Umdenken in den in Deutschland vermit-
 12 telten Geschichtsbildern geben. Beispielswei-
 13 se das verklärte Bild des christlichen Abend-
 14 landes muss zurechtgerückt werden. Mit ihr
 15 geht die allumfassende Verurteilung des Ju-
 16 dentums einher. Ein Umdenken dieses Ge-
 17 schichtsbildes muss Einzug in die Bildung er-
 18 halten. Nicht nur in Schulen, sondern durch in
 19 Medien wie dem Fernsehen und dem Internet
 20 muss dieser Wandel verstärkt in den Fokus ge-
 21 nommen werden.
- 22 • Mit Hinblick auf den Geschichtsunterricht und
 23 die Behandlung der Shoa muss der Jüd*innen-
 24 hass stärker in den Fokus rücken. Es muss be-
 25 betont werden, dass Jüd*innen nicht erst zwi-
 26 schen 1933 und 1945 Opfer eines rassistischen
 27 und fanatischen Gewalt Regimes wurden. Es
 28 muss erklärt werden, warum es so weit kom-
 29 men konnte. Nur so wird fassbar, dass Jüd*in-
 30 nen nicht als Jüd*innen verantwortlich für
 31 Feindschaft und Ressentiments waren, son-
 32 dern ein komplexer historischer Prozess da-
 33 hinterstand.
- 34 • Es muss endlich ein Ende der Floskelkultur
 35 geben. Statt nur Sonntagsreden zu halten,
 36 muss endlich gehandelt werden. Es darf kei-
 37 ne Toleranz gegenüber allen Manifestationen
 38 von Jüd*innenfeindschaft geben. Dazu gehört
 39 auch die Benennung von muslimisch- antise-
 40 mitischen Antisemitismus, der bisher in unse-
 41 rer Gesellschaft kaum thematisiert wird. Aber
 42 auch die obsessive und surreale Hass- und
 43 Feindbildrhetorik von Linken im israelbezoge-

Empfehlung der Antragskommission**Annahme**

Änderung durch Parteitag (Punkt 4):

- “Bei der Besetzung dieser Stellen ist unbeding-
 t darauf zu achten, dass Personen mit jü-
 dischem Hintergrund eingestellt werden.” zu
 ersetzen durch: “Bei der Besetzung dieser Stel-
 len ist unbedingt darauf zu achten, dass Per-
 sonen mit jüdischem Hintergrund bei gleicher
 Qualifikation bevorzugt eingestellt werden.”

Adressat:

Bundesparteitag und
 Bezirksvorstand (Arbeitskreis Prävention gegen
 Rechtsextremismus)

44 nen Antisemitismus muss kritisiert und the-
45 matisiert werden. Um Jüd*innenhass effektiv
46 begegnen zu können, muss der vorherrschen-
47 de anti-israelische Antisemitismus in den Fo-
48 kus genommen und bekämpft werden. Dop-
49 pelstandards in Bezug auf die Verurteilung
50 von Antisemitismus müssen beendet wer-
51 den. Diese sind einer der Gründe, warum es
52 bisher keine flächendeckenden Maßnahmen
53 gibt. Gleichwohl lehnen wir die Behauptung
54 eines importierten Antisemitismus ab, mit
55 der konservative und nationalistische Kräfte
56 die antisemitische Kontinuität in Deutschland
57 und Europa relativieren und als Argument ge-
58 gen Migration und Migrant*innen instrumen-
59 talisieren. Um Jüd*innenhass effektiv zu be-
60 kämpfen, muss rechter, linker sowie musli-
61 mischer Antisemitismus gleichbehandelt wer-
62 den.

- 63 • Um Antisemitismus wirksam zu bekämpfen,
64 sind Antisemitismus-Beauftragte notwendig,
65 nicht nur auf den Länderebenen, sondern auch
66 im Bund. Ein*e ständige*r hauptamtlicher Be-
67 auftragte*r auf Bundesebene und in jedem
68 Land sind deshalb unerlässlich. Diese Perso-
69 nen brauchen außerdem eine adäquate Aus-
70 stattung mit Ressourcen. Sowohl Handlungs-
71 befugnisse, finanzielle Mittel und Mitarbei-
72 ter*innen gehören dazu. Bei der Besetzung
73 dieser Stellen ist unbedingt darauf zu achten,
74 dass Personen mit jüdischem Hintergrund ein-
75 gestellt werden.
- 76 • Jüd*innenhass muss international bekämpft
77 werden. Führende Politiker*innen, die den
78 jüdischen Staat als “kolonial- und Un-
79 rechtsstaat” bezeichnen, oder EU Parlamen-
80 tarier*innen, die applaudieren, wenn im
81 Parlament bekannte judeophobe Stereotype
82 artikuliert werden, müssen mit aller Ent-
83 schlossenheit darauf aufmerksam gemacht
84 werden, dass dieses Verhalten nicht geduldet
85 wird. Es reicht nicht, wenn Neonazis, Isla-
86 mist*innen und BDS-Aktivist*innen kritisiert
87 werden. Wir müssen auch einen Blick auf
88 die Bühne der internationalen Politik wer-
89 den und auch dort eingreifen. Wer aus diploma-
90 tischer Zurückhaltung und realpolitischen
91 Überlegungen heraus schweigt, trägt passiv
92 zur Erstarkung und Tolerierung von Jüd*in-

- 93 nenhass bei. Wir fordern deshalb die Bundes-
94 und Landesregierung dazu auf, sich aktiv im
95 Kampf gegen den Antisemitismus, auch auf
96 politischer Ebene, zu engagieren und diesem
97 Verhalten Einhalt zu gebieten.
- 98 • Es muss eine konsequente Erfassung, Ver-
99 öffentlichung und Ahndung antisemitischer
100 Straftaten geben, nur so kann effektiv gegen
101 Antisemitismus vorgegangen werden.
 - 102 • Auch die Antisemitismusforschung muss aus-
103 gebaut und besser finanziert werden. Des-
104 halb sind langfristig angelegte Forschungsför-
105 derungen wichtig, um die Hintergründe und
106 Mechanismen von Antisemitismus zu unter-
107 suchen und zu analysieren.
 - 108 • Im Hinblick auf die Prävention von Antisemi-
109 tismus ist ebenfalls eine dauerhafte Förde-
110 rung notwendig.
 - 111 • Um eine in Bezug auf den modernen Antise-
112 mitismus sensibilisierte Gesellschaft zu stär-
113 ken, soll der Bezirksvorstand einen Workshop
114 organisieren, der sich diesem Thema widmet.
115 Dazu sollen Expert*innen aus der Antisemitis-
116 musforschung und entsprechende Persönlich-
117 keiten aus Politik und Gesellschaft eingeladen
118 werden.